

+++ PRESSEMITTEILUNG +++

Zeit für eine neue Pflegepolitik in Hamburg! Wohlfahrtsverbände sehen Versorgungssicherheit in Gefahr

Hamburg, 20.11.2023. Die Pflege ist am Limit. Auch in Hamburg. Die AGFW Hamburg fordert konkrete Unterstützung seitens der Politik, um die Versorgungssicherheit aufrechterhalten zu können. Gefragt sind insbesondere eine auskömmliche Finanzierung und verstärkte Anstrengungen, Personal für die Arbeit in der Pflege zu gewinnen. Die AGFW Hamburg veröffentlicht heute ein Positionspapier mit detaillierten Forderungen.

Der Bedarf an stationären und ambulanten Pflegeangeboten nimmt aufgrund des demografischen Wandels kontinuierlich zu. Die Nachfrage nach stationärer und häuslicher Pflege steigt. Gleichzeitig aber führen Personalmangel und Kostendruck zu Einschränkungen des Angebots. Sie bringen Pflegeeinrichtungen in existenzielle Not. Pflegeeinrichtungen leben mittlerweile von der Substanz. In Hamburg droht möglicherweise bald eine Insolvenzwellen in der Pflege.

„Die Situation ist aus Sicht der Hamburger Wohlfahrtsverbände nicht tragbar. Unsere Mitgliedseinrichtungen handeln aus gemeinnützigem Interesse für das Wohl der pflegebedürftigen Menschen und das Wohl ihrer Beschäftigten. Deshalb können und werden wir uns mit der Situation nicht abfinden!“, unterstreicht der AGFW-Vorsitzende Dr. Arne Eppers (AWO Landesverband Hamburg).

Auch wenn wichtige Rahmenbedingungen in der Pflege durch die Bundespolitik gesetzt werden, trägt die Hamburger Politik ebenfalls große Verantwortung. Die Wohlfahrtsverbände legen einen differenzierten Handlungskatalog vor und rufen den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg auf, gemeinsame Anstrengungen zur Sicherung der Pflege zu unternehmen.

Die wichtigsten Forderungen sind

- Auskömmliche Finanzierung von Pflegeangeboten
- Zeitnahe und prospektive Vergütungen mit den Leistungsträgern
- Verlässliches Bewilligungs- und Zahlungsverhalten von Kostenträgern
- Ganzheitliche Anwendung von Tarifverträgen
- Einführung eines Großstadtzuschlags für Beschäftigte
- Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für Pflegekräfte und Auszubildende
- Sofortige Abschaffung des Schulgelds in der GPA-Ausbildung
- Komplette Ausfinanzierung der Assistenz Ausbildung
- Niedrigschwelliger Einstieg in den Pflegeberuf durch neue einjährige Ausbildung

-
- Gründung einer Beratungsstelle und Lotsenagentur rund um die Pflegeausbildung
 - Modifikation der Fachkraftquote
 - Kostenfreie Qualifizierung von Beschäftigten
 - Möglichkeit zur Besetzung von Leitungsstellen in Teilzeit

Darüber hinaus mahnt die AGFW Hamburg eine Neuaufstellung der Hamburger Senior*innenpolitik an. Sie fordert u.a. den Ausbau von Hauptamtlichkeit, mehr und vernetzte Präventions- und Beratungsangebote im sozialen Umfeld, die gemeinsame Entwicklung quartiersnaher Strukturen und neue Anlaufpunkte für Case- und Caremanagement.

Das Positionspapier „Zeit für eine neue Pflegepolitik in Hamburg“ steht zum Herunterladen auf agfw-hamburg.de bereit.

Kontakt:

Jens Stappenbeck

Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (AGFW) Hamburg e.V.

Burchardstraße 19, 20095 Hamburg

Tel. 040 23 15 86, jens.stappenbeck@agfw-hamburg.de

Die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Hamburg e. V. (AGFW) ist der Zusammenschluss der anerkannten Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Hamburg: Arbeiterwohlfahrt Landesverband Hamburg, Caritasverband für das Erzbistum Hamburg, Der Paritätische Wohlfahrtsverband Hamburg, Deutsches Rotes Kreuz, Diakonisches Werk Hamburg, Jüdische Gemeinde in Hamburg. Die Arbeitsgemeinschaft fördert die Abstimmung und Koordination gemeinsamer Positionen, übernimmt die Außenvertretung dieser Positionen, unterstützt den Erfahrungsaustausch und führt gemeinsame Veranstaltungen durch (z.B. die AKTIVOLI-FreiwilligenBörse).